

# Was macht Fiskalpolitik nachhaltig?

Umsichtige Politik belastet künftige Generationen nicht mit überhöhten Staatsschulden, sie sorgt für ein selbstfinanziertes Pensionssystem und sie pflegt investive Ausgaben. **CHRISTIAN KEUSCHNIGG**

Eine Generation folgt der nächsten. Eltern investieren ein Vermögen in ihre Kinder. Sie vertrauen darauf, dass Staat und Wirtschaft viele Jahre später genauso leistungsfähig sind wie heute und die Lebensqualität hoch bleibt. Wenn die Kinder selbst zu Eltern werden, geht es um die Chancen der Enkelkinder. Auch die Unternehmen investieren viel Geld in Forschung und Kapitalanlagen in der Zuversicht, dass viele Jahre danach der Ertrag in einem wirtschaftlich attraktiven Umfeld sicher bleibt und die Rechnung aufgeht.

Familien und Unternehmen brauchen eine nachhaltige Politik. Sie kann auf vielen Wegen in die Zukunft investieren oder diese mit hohen Hypotheken vorbelasten. Aber was genau macht eine nachhaltige Fiskalpolitik aus?

Das Gegenteil nachhaltiger Fiskalpolitik ist eine ausufernde Staatsschuld. Sie entsteht, wenn die Politik üppige Ausgaben macht oder die nötigen Steuern nicht eintreiben will, um hohe Zustimmung bei den Wählern heute zu erkaufen. Indem sie neue Schulden aufnimmt, überlässt sie die unbezahlten Rechnungen künftigen Generationen und schadet damit den Anstrengungen der Eltern, die so viel in die Zukunft ihrer Kinder investieren.

Dabei ist die Staatsverschuldung so wichtig, um vorübergehende Schwankungen bei den Einnahmen und den Ausgaben über die Zeit zu glätten und eine stabile Konjunktur zu ermöglichen. Sie kann die Lasten von grossen Krisen über die Zeit strecken und damit tragbar machen. Danach ist sie auf ein nachhaltiges Niveau zurückzuführen. Würde die Staatsschuld von Krise zu Krise dauerhaft zunehmen, wäre über kurz oder lang das Vertrauen in die Kreditwürdigkeit des Staates verspielt. Die Geschichte ist voll von Staatsinsolvenzen, bei denen die Schuldpapiere schlagartig und massiv an Wert verlieren und so das Vermögen von Anlegern, Banken und Pensionskassen vernichten. Der Staat darf nicht selbst zur Quelle des Risikos werden. Indem er die Schulden niedrig hält, bleibt er ein Anker der Sicherheit.

## Das Ruhestandsalter muss steigen

Eine nachhaltige Fiskalpolitik sorgt für eine selbstfinanzierende Alterssicherung, sodass jede Generation vollständig ihre eigenen Pensionen bezahlt. Aber schon heute ist klar, dass die Beitragsvermögen nicht mehr ausreichen, um die versprochenen Pensionen für den Rest des Lebens selbst zu finanzieren. Dann müssen eben die nachfolgenden Generationen zahlen. Tückisch ist, dass das finanzielle Ungleichgewicht nicht schon heute sichtbar ist, sondern erst viele Jahre später zum

Vorschein kommt. Es müssen dann die künftigen Beitragszahler die hohen Pensionen der Elterngeneration schultern und sich selbst mit wesentlich bescheideneren Ansprüchen begnügen.

Eine Folge davon ist eine Vermischung von Versicherung, wonach die Beitragszahlungen der Preis für eine individuelle Gegenleistung in Form einer Pension sind, und von Umverteilung. Das hebt die Transparenz aus.

Weder Politik noch Individuen können genau feststellen, welcher Teil der Pension selbst finanziert und welcher Teil der Umverteilung zulasten künftiger Generationen zu verdanken ist. Das ist schwerlich ein vertrauensvoller und transparenter Umgang zwischen den Generationen, der die Basis für einen fairen Generationenvertrag sein sollte. Der Ausweg ist nicht eine Anhebung der Beiträge oder eine Senkung der Pensionsleistungen, sondern ein rascher Anstieg des Ruhestandsalters mit jedem Jahr an zusätzlicher Lebenserwartung.

Eine nachhaltige Politik sorgt für eine krisenrobuste Wirtschaft. Die Arbeitnehmer wollen eine sichere Stelle und ein stabiles Einkommen. Aber die Unternehmen sind grossen Risiken ausgesetzt. Wer kann den

Arbeitnehmern das Risiko abnehmen? Die Banken müssen an die Sicherheit der Einlagen denken und auf eine sichere Bedienung der Kredite bestehen. Sie müssen das Risiko meiden. Nur das Eigenkapital kann das Risiko tragen, das andere nicht übernehmen wollen, und ist der Freund der Arbeit. Wenn es an Eigenkapital fehlt, ist ein Unternehmen überschuldet und die Sicherheit der Beschäftigten in Gefahr. Mehr Sicherheit braucht mehr risikotragendes Eigenkapital.

Eine nachhaltige Fiskalpolitik sollte die steuerliche Bevorzugung des Fremdkapitals, sprich die Diskriminierung des Eigenkapitals, beenden. Dann nehmen die Krisenrobustheit der Wirtschaft und die Stabilität der Lohn-einkommen zu. So kann der Staat auf eine vorbeugende Sozialpolitik setzen, um ein übermässiges Wachstum der Sozialausgaben zu verhindern. Je mehr Sicherheit die Wirtschaft bieten kann, desto weniger müssen die Sozialwerke einspringen, um die Lohnausfälle die Arbeitnehmer auszugleichen. Umso mehr Spielraum bleibt im Budget für die dringenden Zukunftsausgaben.

Grundlagenforschung und öffentliche Infrastruktur sind wie eine Vorleistung für private Forschung und Entwicklung sowie Anlageinvestitionen und stützen das Wachstum. Sie stiften Nutzen über Jahrzehnte. Die staatlichen Investitionen sind fester Bestandteil einer nachhaltigen Politik. Die produktiven staatlichen Ausgaben

sind viel weiter gefasst und schliessen Ausgaben für Bildung, Gesundheit, Rechtssicherheit u.a. ein. Gesundheit ist Lebensqualität, mangelnde Gesundheit die Ursache von Leid und Armut. Ohne Zugang zu qualifizierter Arbeit ist innovatives Wachstum nicht denkbar. Rechtssicherheit schützt den Ertrag privater Investitionen, Rechtsunsicherheit lähmt die wirtschaftlichen Aktivitäten. Gemeinsam ist den investiven Ausgaben des Staates, dass sie ein Sozialkapital aufbauen. Es entsteht über viele Jahre und ändert sich nur langsam. Eine nachhaltige Fiskalpolitik muss die investiven Ausgaben im Budget pflegen.

## Preise für den Umweltverbrauch

Der Klimawandel zeigt mit Macht, wie notwendig eine vorausschauende und nachhaltige Politik ist. Die Umweltprozesse sind so langsam, dass es schon Jahrzehnte vorher grosse Anstrengungen und hohe Investitionen braucht, um die Klimaziele 2050 zu erreichen. Wer heute nicht handelt, kann die Umweltkatastrophe später kaum mehr abwenden. Doch auch die Klimapolitik kann mehr oder weniger nachhaltig sein. CO<sub>2</sub>-Steuern und Preise für Emissionsrechte verteuern den Umweltverbrauch und verstärken so die Anreize für eine umweltschonende Umstellung der Produktion. Aber zusätzliche Kosten sind preistreibend, bremsen das Wachstum und gehen zulasten materiellen Wohlstands. Eine Umweltpolitik, die vorwiegend auf Konsumverzicht baut, trifft auf Widerstand und ist gerade deshalb nicht nachhaltig.

Ohne den richtigen Preis für den Umweltverbrauch geht es nicht. Aber die Politik sollte viel stärker auf Grundlagenforschung und Innovationsanreize setzen. Wenn die Schweiz als führendes Innovationsland die Welt mit neuen, umweltschonenden Technologien versorgen könnte, wäre der Beitrag zur Bewältigung der globalen Klimakrise ungleich grösser als durch umweltschonenden Konsumverzicht in der kleinen Schweiz. Und was wäre für das langfristige Wachstum besser als ein Technologievorsprung in den Branchen, die die Zukunft der Weltwirtschaft dominieren?

Eine nachhaltige Politik darf künftige Generationen nicht mit überhöhten Staatsschulden vorbelasten, sollte für ein selbstfinanzierendes Pensionssystem sorgen und muss die investiven Ausgaben im Budget pflegen. Sie setzt in der Umweltpolitik auf Innovation statt allein auf grüne Steuern. Sie pflegt in der Sozialpolitik das vorbeugende Handeln, statt im Nachhinein kostspielig zu reparieren, was vorher versäumt wurde. Diese Prioritäten spielen zusammen, damit Staat und Wirtschaft dauerhaft leistungsfähig bleiben und den künftigen Generationen die Chancen auf Lebensqualität und Wohlstand erhalten, die die Eltern so sehr für sie erhoffen.

Christian Keuschnigg ist Professor für Nationalökonomie an der Universität St. Gallen und leitet das Wirtschaftspolitische Zentrum St. Gallen und Wien.



*«Die steuerliche Bevorzugung des Fremdkapitals ist zu beenden.»*